

die plattform – die starke Stimme der Berufsleute

c/o Kaufmännischer Verband Schweiz
Reitergasse 9
Postfach
CH-8021 Zürich

Vorschau Sommersession 1. – 19. Juni 2026

info@die-plattform.ch
die-plattform.ch

Empfehlungen

Nationalrat

Nr.	Geschäft	Beratung	Empfehlung	
20.406	Unternehmerinnen und Unternehmer, welche Beiträge an die Arbeitslosenversicherung bezahlen, sollen auch gegen Arbeitslosigkeit versichert sein	01.06.2026	SR folgen	●
24.096	Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung	01.06.2026 / evtl. 08.06.2026 / evtl. 10.06.2026	Ablehnung	●
24.073	Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente	03.06.2026 / evtl. 09.06.2026 / evtl. 17.06.2026	Anträge beachten	●
25.3424	Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen	17.06.2026	SR folgen	●

Ständerat

Nr.	Geschäft	Beratung	Empfehlung	
24.4047	Personen mit geringem Einkommen oder mit mehreren Arbeitsverträgen Zugang zur zweiten Säule ermöglichen	01.06.2026	Ablehnung	●
24.4330	Die berufliche Vorsorge der jungen Arbeitnehmenden verbessern	01.06.2026	Ablehnung	●
26.3521	Verbesserungspotenzial in der beruflichen Vorsorge	01.06.2026	Zustimmung	●
24.4198	Dem Kaufkraftverlust der Renten in der zweiten Säule entgegenwirken	01.06.2026	Ablehnung	●
25.018	«Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare — Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!». Volksinitiative	04.06.2026	Ablehnung	●
24.073	Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente	evtl. 08.06.2026 / evtl. 11.06.2026	Anträge beachten	●
24.096	Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen	evtl. 09.06.2026	Ablehnung	●
23.325	Zeitlich befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten	09.06.2026	Ablehnung	●
26.3234	Eine Lohnprozentbremse für die Schweiz	11.06.2026	Ablehnung	●
25.406	Abschaffung der Sunset-Klausel im Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann	16.06.2026	Zustimmung	●
23.4139	Diskriminierungsfreie Schichtzulagen von der Lohngleichheitsanalyse ausnehmen	17.06.2026	Ablehnung	●

Highlights

Arbeitswelt

- 24.096 Geschäft des Bundesrats (Behandlung im National- und Ständerat)

Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen)

Minderheit Amoos folgen

Die Plattform lehnt die Vorlage ab. Kantonale Mindestlöhne sind demokratisch legitimierte Schutzinstrumente und dürfen nicht durch allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge mit tieferen Mindestlöhnen unterlaufen werden. Gesamtarbeitsverträge sind wichtig für die Sozialpartnerschaft, dürfen aber nicht dazu führen, dass kantonal beschlossene gesetzliche Mindeststandards für Arbeitnehmende geschwächt werden.

In der Differenzbereinigung unterstützt die Plattform die Minderheit Amoos. Sie begrenzt den Vorrang tieferer GAV-Mindestlöhne auf höchstens zwei Jahre und schützt bestehende kantonale Mindestlohnregelungen besser als die Version der Mehrheit.

- 25.406 Parlamentarische Initiative (Behandlung im Ständerat)

Abschaffung der Sunset-Klausel im Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann

Lohnleichheit langfristig sichern.

Die Analysepflicht zur Lohnleichheit ist ein wichtiges Instrument gegen Lohndiskriminierung und darf nicht durch eine Sunset-Klausel geschwächt werden. Die Plattform unterstützt deshalb die Streichung der Befristung im Gleichstellungsgesetz: Lohnleichheit bleibt eine Daueraufgabe und die 2019 beschlossene Revision muss ihre Wirkung weiter entfalten können.

Altersvorsorge

- 24.073 Geschäft des Bundesrats (Behandlung im National- und Ständerat)

Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente

Begrenzte Finanzierung über MWST und Monitoring.

Die Plattform unterstützt eine temporäre und möglichst breit abgestützte Finanzierung der 13. AHV-Rente über die Mehrwertsteuer und lehnt zusätzliche Lohnbeiträge ab. Die vom Volk angenommene 13. AHV-Rente soll bis zur nächsten AHV-Reform pragmatisch finanziert werden. Es kann nicht sein, dass jetzt, kurz vor der nächsten AHV-Reform, noch eine permanente Finanzierung zu Lasten von Arbeitgebenden und Angestellten eingeführt wird oder sogar eine Finanzierung «auf Vorrat», um allfällige künftige Begehrlichkeiten abzudecken. Die Finanzierung über die Mehrwertsteuer verteilt die Kosten breiter und bezieht auch diejenigen mit ein, die von der zusätzlichen Zahlung profitieren.

Keine Erhöhung der Lohnbeiträge (Entwurf 2, Art. 2 Abs. 4; Art. 5 Abs. 1; Art. 6 Abs. 1; Art. 8 Abs. 1; Art. 13): **Mehrheit unterstützen**, Streichen = geltendes Recht

Überwachung Gleichgewicht und Ausgleichfonds (Entwurf 2, Art. 43quiquies, Art. 107 Abs. 3, 4 und 5): **Minderheit unterstützen**, Streichen = geltendes Recht

Finanzierung über die Mehrwertsteuer und Zweckbindung sicherstellen (Entwurf 3, Art. 130 Abs. 3quinquies, 3sexies und 3septies BV): **Mehrheit unterstützen**, gemäss ursprünglicher Version des Ständerates

Zeitliche Befristung bis 2033 sichern (Entwurf 3, Ziff. II Abs. 3): **Mehrheit unterstützen**

● 25.3424 Motion (Behandlung im Nationalrat)

Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen

Zustimmung zu Beschlüssen des Ständerats.

Die Motion fordert eine Erhöhung der Zuschläge auf den Rentenbetrag bei Aufschub der Rente und den Kürzungssatz der Altersrente beim Rentenvorbezug beizubehalten oder zu erhöhen. Die Plattform begrüsst, dass der Bundesrat die in der Motion vorgeschlagenen Massnahmen in die nächste AHV-Revision, die AHV2030, einbettet, und unterstützt deshalb den Vorschlag des Ständerats. Eine Umsetzung unabhängig von dieser Reform ist abzulehnen, da die finanziellen und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen im Rahmen der Gesamtvorlage beurteilt werden müssen.

● 24.4047 Motion (Behandlung im Ständerat)

Personen mit geringem Einkommen oder mit mehreren Arbeitsverträgen Zugang zur zweiten Säule ermöglichen

● 24.4330 Motion (Behandlung im Ständerat)

Die berufliche Vorsorge der jungen Arbeitnehmenden verbessern

● 26.3521 Postulat (Behandlung im Ständerat)

Verbesserungspotenzial in der beruflichen Vorsorge

Zweite Säule gesamthaft weiterentwickeln.

Die Plattform anerkennt den Handlungsbedarf in der beruflichen Vorsorge. Personen mit geringem Einkommen oder mehreren Arbeitsverträgen, junge Arbeitnehmende sowie die Kaufkraft der Renten in der zweiten Säule sind wichtige Fragen. Nach der Ablehnung der BVG-Reform 2024 sollen jedoch nicht einzelne Elemente isoliert herausgelöst werden. Die zweite Säule braucht eine Gesamtschau, damit Auswirkungen auf Versicherte, Arbeitgebende, Rentenleistungen und Finanzierung gesamthaft beurteilt werden können.

In diese Richtung weist das von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats eingereichte Postulat [26.3521](#), das einen Bericht verlangt, wie das BVG punktuell modernisiert werden kann, unter Berücksichtigung einer möglichen Gegenfinanzierung im BVG und allfälliger Kompensationsmassnahmen für Übergangsgenerationen. Die Plattform empfiehlt deshalb, die Anliegen der zwei Motionen nicht isoliert vorwegzunehmen, sondern im Rahmen einer Gesamtbetrachtung der zweiten Säule zu prüfen.

● 24.4198 Motion (Behandlung im Ständerat)

Dem Kaufkraftverlust der Renten in der zweiten Säule entgegenwirken

Massnahme im BVG schwer umsetzbar.

Der Motionär verlangt eine gesetzliche Grundlage, damit Renten aus der beruflichen Vorsorge regelmässig der Teuerung angepasst werden, analog zu AHV und IV. Aus Sicht der Plattform ist dies problematisch: Die Pensionskassen unterscheiden sich stark, weshalb eine einheitliche Regulierung und Modellierung schwierig wären. Zudem müssten entsprechende Rückstellungen von den aktiven Versicherten finanziert werden, was die Umverteilung zwischen Aktiven und Rentnerinnen und Rentnern weiter erhöhen würde. Besonders Kassen

mit vielen obligatorisch Versicherten wären belastet, da sie bereits den hohen Umwandlungssatz tragen. Bei Rentenverbesserungen in der 2. Säule müssen daher auch unterschiedliche Umwandlungssätze und bestehende Teuerungsausgleiche einzelner Kassen berücksichtigt werden.

● 26.3234 Motion (Behandlung im Ständerat)

Eine Lohnprozentbremse für die Schweiz

Keine vorschnellen Obergrenzen für Lohnabgaben.

Die Motion greift ein berechtigtes Anliegen auf: Die Belastung der Erwerbsarbeit durch Lohnabgaben transparent zu begrenzen und Finanzierungsentscheide demokratisch breit abzustützen. Gerade mittlere Einkommen dürfen nicht einseitig zur Finanzierung aller neuer sozialpolitischer Leistungen herangezogen werden. Eine starre Lohnprozentbremse in der Verfassung greift jedoch zu kurz. Sie erschwert die Finanzierung zentraler Sozialversicherungen, ohne eine tragfähige Alternative für AHV, IV, EO und Familienzulagen aufzuzeigen. Aus Sicht der Arbeitnehmenden braucht es nicht primär eine zusätzliche Blockade, sondern eine Gesamtschau: Welche Leistungen sollen solidarisch finanziert werden, welche Finanzierungsquellen sind gerecht, und wie wird verhindert, dass die Erwerbsarbeit übermässig belastet wird? Die Plattform empfiehlt deshalb die Umwandlung in ein Postulat.

Spotlight Beirat

Unser Beiratsmitglied **Dominik Blunschy** hat folgendes Geschäft zum Thema Digitalisierung eingereicht. Es wird ab dem 1. Juni 2026 bei den Vorstössen Kategorie IV WBF im Nationalrat behandelt.

24.4522 POSTULAT (BLUNSCHY) (BEHANDLUNG IM NATIONALRAT)
ARBEITSMARKTNAHE MASSNAHMEN ZUR FÖRDERUNG RELEVANTER KI-KOMPETENZEN FÜR DIE ERWERBSBEVÖLKERUNG



Wer trägt die Verantwortung dafür, dass Angestellte rechtzeitig neue Kompetenzen erwerben können, bevor sich ihr Beruf grundlegend verändert oder gar verschwindet? Besonders Erwerbstätige in Dienstleistungs- und Wissensberufen sind stark von KI betroffen. In vielen Unternehmen fehlt es jedoch an KI-spezifischem Wissen, an klaren internen Regelungen sowie an konkreter Unterstützung beim Erwerb neuer Kompetenzen. Der Vorstoss verlangt deshalb vom Bundesrat, aufzuzeigen, wie eine umfassende Offensive zur Förderung von KI-Kompetenzen für die Erwerbsbevölkerung gestaltet werden kann. Ziel soll es sein, Berufsleute frühzeitig zu befähigen und im digitalen Wandel nicht im Stich zu lassen.

Mitgliederverbände der Plattform

kaufmännischer
verband
gemeinsam sind wir zukunfft.

Angestellte
Schweiz

SWISS
LEADERS

Swiss
Accounting

SALESSWISS

SWISS
ENGINEERING
STV UTS ATS